

## **Eurozentrische Politik in Wirtschaft, Forschung, Technologie und Umwelt – häufig Ursache für Flucht und Migration**

Zerstörte Wirtschaftsgrundlagen zusammen mit einer fehlenden Wirtschaftsperspektive sind Ursachen für Flucht und Migration, die zumindest zum Teil durch die Handels-, Wirtschafts- und Technologiepolitik auf europäischer Seite hervorgerufen werden. Eine Partnerschaft EU - Afrika und eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik für beide Kontinente hängt von Wirtschafts-, Technologie- und Umweltprogrammen im Interesse sowohl der europäischen als auch der afrikanischen Bevölkerung ab. Die Asymmetrie, diese noch immer offene Wunde des Kolonialismus wurde auch von der EU nie überwunden. Die Kluft wurde nicht einmal verringert. Die Diskrepanz der Lebens- und Entwicklungschancen in Wirtschaft und Technik wächst nach wie vor.

Die Agrar- und Fischereisubventionen der EU ruinieren z. B. in Afrika einheimische Bauern und Fischer. Die in Europa subventionierten und häufig im Überschuss vorhandenen Agrar-, Fleisch- und Fischprodukte werden so billig angeboten, dass afrikanische Produkte nicht konkurrenzfähig sind. Hinzu kommt, dass Fischer etlicher Staaten Nord- und West-Afrikas ihre gewerbliche Fischerei nicht mehr rentabel betreiben können, weil die hoch subventionierten Fischereiflotten der EU-Staaten die Gewässer nahezu leer gefischt haben.

Illegales Abholzen von Wäldern ist der Hauptgrund für das Verschwinden von 13 Millionen Hektar Wald pro Jahr. Die Hälfte des importierten Holzes der EU stammt aus höchstgefährdeten Gebieten in Russland, Indonesien, Zentralafrika und dem Amazonasgebiet. Seit 2003 liegt der EU-Kommission mit FLEGT (Forest Law Enforcement Governance and Trade) ein Gesetzesentwurf und ein Aktionsplan zur Unterbindung des Handels mit illegal abgeholztem Holz vor. Die Kommission vermochte seither nachweislich nicht einmal in den eigenen Bauvorhaben die Nutzung von illegal beschafftem Bauholz zu ahnden. Andererseits sind die Märkte der EU dem Absatz afrikanischer Waren weitgehend versperrt.

Subventionierte Agrar- und Meeresprodukte sowie Billigexporte auf der einen und Protektionismus auf der anderen Seite bringen gewachsene ökologische und ökonomische Gleichgewichte aus der Balance. Bauern, Fischer und Handwerker verlieren so ihre Existenz - alle verlieren ihre Lebensgrundlage.

### **Unsere Fragen:**

1. Welchen Beitrag werden Sie leisten, um Flucht aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen anzuerkennen und die Genfer Flüchtlingskonvention in dieser Hinsicht weiterzuentwickeln ?
  2. Wie planen Sie der Kritik zu begegnen, dass es sich bei dem in jüngster Zeit diskutierten Konzept zur „zirkulären Migration“ um neue Formen der Gastarbeiterpolitik im eurozentrischen Interesse handelt, die jede ehrliche Entwicklungs- und an elementaren Menschenrechtsnormen orientierte Einwanderungspolitik konterkariert?
  3. Was werden Sie tun, um die EU-Kommission zur Verabschiedung des FLEGT zu bewegen und zur Gewährleistung, dass Bauholz und Bauholzprodukte auf dem EU-Markt nur aus legalen Quellen und verantwortungsbewusst bewirtschafteten Wäldern stammen?
  4. Welchen Beitrag werden Sie leisten, um in der kommenden Legislaturperiode die EU-Ressorts Flucht, Migration sowie „Entwicklungspolitik“ auf der einen Seite und Wirtschaft, Handels- und Technologiepolitik auf der anderen Seite in stärkerem Maße zusammenzubringen und aufeinander zu beziehen?
-

## Anregungen für die kommende Legislaturperiode:

Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl verkündet die Absicht, die Migrations- und Entwicklungspolitik besser miteinander zu verknüpfen.

Das sollte aber nicht wie bisher bedeuten, dass finanzielle Hilfen an Herkunfts- und Transitländer an die Bereitschaft geknüpft werden, bei der Bekämpfung der "unerwünschten" Migration mitzuwirken.

Das Schlagwort von der "Bekämpfung von Fluchtursachen" bleibt ohne ernsthafte wirtschaftspolitische Zugeständnisse der EU - Mitgliedstaaten gegenüber den Entwicklungsländern (z.B. ohne den Abbau von Subventionen) unglaubwürdig.